

Haushaltsentwurf 2020

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Um es vorweg zu nehmen, der Haushaltsentwurf 2020 ist schon etwas Besonderes. Zum ersten Mal seit dem ich im Rat bin, wird hier ein ausgeglichener Ergebnishaushalt vorgelegt.

Ich gebe zu, dass ich 2016, als der Herr Oberbürgermeister zum ersten Mal diese Vision von sich gab, etwas geschmunzelt habe und zu denen gehört habe, die nicht daran glauben konnten.

Umso erstaunlicher und lobenswerter ist der jetzt vorgelegte Haushaltsentwurf.

Die Bemühungen der Verwaltung hier im Ergebnishaushalt ein ausgeglichenes Ergebnis hin zu bekommen, ist wirklich aller Ehren wert, wenn auch der Hauptbrocken von über einer Million aus der korrigierten regionalisierten Steuerschätzung vom November 2019 Mehrerträge von 377.000 Euro bei den Gemeindenanteilen an der Einkommenssteuer und von 710.000 Euro bei den Gemeindeanteilen an der Umsatzsteuer ergeben haben.

Auch die Erhöhung der Grundsteuer B spült noch einmal 370.000 Euro mehr in die Kassen. Auch trägt zu diesem ausgeglichenen Haushalt bei, dass manche Dinge einfach verschoben wurden auf das nächste Jahr.

Nichts desto trotz, noch einmal meine Anerkennung für diesen ausgeglichenen Ergebnishaushalt.

Vielleicht kann man wirklich, wie der Herr Oberbürgermeister sagt, eine Flasche Sekt aufmachen. Allerdings sind in diesem Sekt auch einige Wermutstropfen enthalten.

Ich schimpfe jedes Jahr erneut über die ADD. In der Rheinpfalz stand vor einigen Wochen zu lesen „der Haushalt wird vorgestellt, alle hören zu, dann wird ein bisschen geweint und auf das böse Land geschimpft“.

Hier muss ich widersprechen. Ich schimpfe nicht auf das Land oder sonst jemand, sondern ich schimpfe darauf, dass die ADD immer wieder versucht, an den freiwilligen Leistungen, die in unserem Haushalt etwa 6% ausmachen, herum zu sparen und damit eine für mich existentielle Frage tangiert, nämlich die Frage nach der kommunalen Selbstverwaltung.

Ich stimme jedem zu, der sagt, dass man auch bei den freiwilligen Leistungen jeden Euro prüfen muss, ehe man ihn ausgibt, das steht für mich nicht zur Diskussion.

Der Skandal für mich ist, dass die ADD nie, aber auch nie, mit einem Wort erwähnt, dass die mangelhafte Deckung unserer Pflichtaufgaben neben der strukturell falschen Kommunalfinanzierung die Grundlage unseres Defizits ist. Wenn Sie in den Haushalt 6 und 7 blicken, haben Sie mit einer Ausnahme lediglich Pflichtaufgaben mit einem Deckungsgrad zwischen 40 und 60%.

Dies ist der eigentliche Skandal und Rheinpfalz hin oder her, ich werde nicht aufhören, dies anzuprangern.

Hätten wir diese Millionen, hätten wir eine vollständige Deckung, dann könnten wir das Erkenbert Museum mit Blattgold belegen.

Und wenn ich mir jetzt ansehe, dass in der Ergänzungsdrucksache zum Haushalt, in dem jetzt der ausgeglichene Ergebnishaushalt vorgelegt wird, wenn ich mir hier die Einsparungen ansehe, dann muss ich feststellen, dass im Teilhaushalt 6 Soziale Hilfen bei Produkt 3310, welches die finanzielle Unterstützung von Institutionen und Vereinen betrifft, die soziale und pflegerische Aufgaben übernehmen, eine Reduktion der Aufwendungen um 25.000 Euro erfolgt.

In der Zusammenfassung kann man dann lesen, dass die ADD mit Haushaltsverfügung vom 15.03.19 die festgelegte Zuschussobergrenze bei den freiwilligen Leistungen auf 8,28 Millionen festgelegt hat.

Durch unsere Verwaltung wurde nun die Summe des Zuschussbedarfs aufgrund der Ergänzungsdrucksache auf 8.132.000 Euro begrenzt, die Zuschussgrenze wird damit um 155.000 Euro unterschritten.

Dies mag aus Sicht der ADD äußerst lobenswert sein.

Auch wenn ich jetzt riskiere, dass der Blutdruck des Oberbürgermeisters wieder steigt, bin ich weiterhin der Meinung, dass es nicht geschickt ist, die von der ADD tolerierte Obergrenze in diesem sensiblen Bereich freiwillig zu unterschreiten.

Dies wird bei der ADD die Meinung verfestigen, dass es durchaus gut und richtig ist, ständig auf den freiwilligen Leistungen herumzureiten und dass es wohl auch mit weniger Euros geht.

Trotz dieser Freude über den ausgeglichenen Ergebnishaushalt bleibt weiterhin zu bemerken, dass gemäß einer Studie der Bertelsmann-Stiftung die Stadt Frankenthal zu den 20 deutschen Kommunen mit der höchsten Prokopfverschuldung bei Kassenkrediten zählt. Mit einem Betrag von rechnerisch 3.230 Euro pro Einwohner liegt die Stadt auf Platz 16. Dass Ludwigshafen, Pirmasens und Worms noch schlechter dastehen, ist dabei kein Trost.

Im Investitionshaushalt werden wir 14 Millionen an Kredit aufnehmen müssen.

Diese Schulden sind allerdings nachvollziehbar und begründbar. Sie sind sämtliche dazu da, in die Zukunft zu investieren, indem wir vorwiegend Schulen, Kindertagesstätten etc. errichten.

Es muss schon aus Eigeninteresse ein Hauptziel einer Kommune sein, ihren Kindern und Jugendlichen eine optimale Förderung und Ausbildung angedeihen zu lassen, um allen möglichst die gleiche Chance für den Start ins Leben zu ermöglichen und damit, neben dem menschlichen Aspekt, auch zu verhindern, dass Jugendliche mangels Hilfen den Start ins Berufsleben nicht schaffen.

Wir leben in interessanten Zeiten.

Es gab in der Geschichte immer wieder Wendepunkte, die das Leben der Menschen der nachfolgenden Generationen grundlegend veränderten.

Hierzu gehört zum Beispiel die Erfindung der Dampfmaschine, die Erfindung der Elektrizität, der Ausbau der individuellen Mobilität.

Jetzt haben wir wieder eine ähnliche Situation. Wir befinden uns in einer Form der Energiewende, in welcher der Verbrauch fossiler Energieträger dem Ende zugeht. Hierzu gehört auch eine grundlegende Veränderung der individuellen Mobilität. Dies alles unter dem Gesichtspunkt des Klimawandels, der, wenn wir nicht ohne katastrophale Veränderungen überleben wollen, zwingend und sofort ein konsequentes Handeln erfordert, und zwar von allen.

Wir müssen jetzt im hier und heute eine erhebliche Transformation einleiten. Und wir werden dies nur gemeinsam als Gesellschaft schaffen. Die dafür notwendigen tiefgreifenden Änderungen werden nicht für alle einfach werden. Arbeitsplätze werden wegfallen, neue werden entstehen.

Menschen werden neu lernen und sich verändern müssen.

Deshalb ist eine aktive politische Gestaltung dieser Veränderungen ebenso wichtig, wie ihre kluge soziale Absicherung und Balance. Früher habe ich gesagt: „Man muss Ökologie mit Ökonomie versöhnen.“

Hier ist in der Zwischenzeit viel geschehen, ich möchte nur darauf hinweisen, dass die Vertreter der Wirtschaft eine höhere CO₂-Bepreisung für richtig halten würden als unsere Regierung.

Heute sage ich: „Der ökologische Umbau in unserer Gesellschaft kann nur funktionieren, wenn er nicht alleine auf dem Rücken der sozial Schwächeren ausgetragen wird“.

Dabei bin ich durchaus der Meinung, dass klare ordnungsrechtliche Maßnahmen in einem Klimaschutzgesetz eine zentrale Rolle spielen müssen.

Alle größeren umweltpolitischen Errungenschaften wurden über das Ordnungsrecht erreicht, es wäre fatal, alleine auf Preissignale zu setzen.

Denn wollte man die Klimaziele allein über von CO₂-Bepreisung erreichen, müsste diese so hoch sein, dass es unweigerlich zu erheblichen negativen sozialen Auswirkungen führen würde.

Einige könnten sich rauskaufen, andere nicht mehr teilhaben. Damit der Klimaschutz eben nicht zu Lasten der Menschen mit geringerem Einkommen geht, brauchen wir einen klugen Mix aus CO₂-Preis, Anreiz und Förderung sowie dem Ordnungsrecht.

Klar, die FDP wird jetzt wieder aufschreien und uns als Verbotsparterie brandmarken.

Aber Regeln zu setzen, also zu sagen was geht und was nicht, ist Sinn von Politik und zugleich der beste Innovationsmotor.

Liebe Leute von der FDP, heute stört sich niemand mehr daran, dass Blei im Benzin verboten ist, Asbest nicht mehr abgebaut werden darf und Weichmacher im Kinderspielzeug verboten sind.

Das gleiche gilt ganz besonders für den Bereich Chemikalien.

Nach Eingriffen über das Ordnungsrecht entwickelt die Branche meist innerhalb kürzester Zeit, ungefährlichere Alternativen oder bereits vorhandene Alternativen bekommen ihre Chance auf dem Markt.

Und wer heute angesichts der vielen Untersuchungen, Studien und Äußerungen sämtlicher Leute, die etwas davon verstehen, der Wissenschaftler, der eigenen Beobachtungen, der Häufungen von Naturkatastrophen, dem Abschmelzen des Polareises, dem Anstieg des Wasserspiegels etc. etc. hier immer noch glaubt, dass der Klimawandel in den Bereich der fake news gehört, dem ist meiner Meinung nach nicht mehr zu helfen, liebe AFD-ler.

Ihr kommt mir manchmal so vor, als seid ihr die einzigen Wesen, die zu einem sinkenden Schiff hinschwimmen.

Das Klimapäckchen, was die Bundesregierung jetzt verabschiedet hat, wird das Problem in keiner Weise lösen. Vieles ist auf irgendwann verschoben, manches viel zu schwach angesetzt.

Aber Klimapolitik spielt sich nicht nur auf großen Konferenzen wie in Paris oder Madrid ab, Klimaschutzpolitik muss auch vor der Haustür geschehen.

Aus diesem Grund haben wir mit angeregt, den Klimanotstand auszurufen, bitte um Entschuldigung, dass ich dieses Wort wieder in den Mund nehme.

Wie dem auch sei, wir haben uns als Stadt verpflichtet, bei sämtlichen Bemühungen und sämtlichen Unternehmungen die Probleme des Klimaschutzes mit zu berücksichtigen.

Nun haben wir eine erste Sitzung einer Steuerungsgruppe hinter uns gebracht, in der gewisse Rahmenbedingungen festgelegt werden sollten. Die erste Stunde wurde nur darüber diskutiert und ausgeführt, was nicht geht.

Meine Damen und Herren, dieses was nicht geht brauchen wir nicht. Wir brauchen ein positives Bemühen, das umzusetzen, was denkbar ist was geht und nicht was nicht geht. Wenn alle politisch Agierenden in der Verwaltung und im Rat hier am selben Strang ziehen und bereit sind, bei Aktivitäten Auswirkungen auf das Klima zu bedenken, ist alles in Ordnung.

Wir brauchen dann keine bis in das niedrigste Detail gehende Richtlinien für alles auf dieser Welt. Es reicht, wenn wir alle guten Willens sind.

Manches kann auch ad hoc an dem Einzelprojekt entschieden werden. Selbstverständlich müssen wir dann bei allen Maßnahmen, wie Bauen, Verkehr, dem neuen Flächennutzungsplan etc. etc. bedenken, was wir damit im Hinblick auf Klima auslösen.

Die Verwaltung hat ja eine Umfrage gemacht unter Frankenthaler Bürgern zum Klimaschutz in Frankenthal. Darunter waren zum Beispiel folgende Vorschläge:

- 1. Mehr Grünflächen und Bäume in der Stadt. Begrünung öffentlicher Dächer.**
- 2. Grünstreifen am Straßenrand blühen lassen.**
- 3. Verbot der Steingärten.**
- 4. Ausbau von Solarstrom, Photovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden.**
- 5. Ausbau und Sanierung von Fahrradwegen.**

6. Reduzierung von Autos in der Innenstadt. Fahrradfreundliche Stadt, Ausbau des ÖPNV, Förderung der E-Mobilität.
7. Weiterbildung der Bürgerprojekte für Kinder und Jugendliche.
8. Verbesserung des Abfallkonzeptes.
9. Förderung eines Ladens ohne Verpackung.
10. Regelmäßiges Abschalten der Straßenlaternen.

Dies sind sicherlich nur einige wenige Punkte, bei denen wir im Hinblick auf Klimaschutz und Klimaanpassung aktiv werden müssen bzw. Folgen bedenken müssen. Die Verwaltung sollte jedoch zumindest diese Ideen der Frankenthaler aufgreifen und umsetzen.

Ich könnte zu jedem Punkt etwas sagen, ich möchte jedoch nur einen herausgreifen aus Zeitgründen und zwar die Verbesserung des Abfallkonzeptes.

Es ist für viele Bürger nicht nachvollziehbar und auch aus ökologischen Gründen nicht nachvollziehbar, dass in den gelben Sack lediglich Verpackungsmaterial eingebracht werden kann.

Alles andere, was auf den ersten Blick verwertbar ist, alle anderen Kunststoffe müssen in den Verbrennungsabfalleimer geworfen werden. Dies halte ich für völlig kontraproduktiv im Rahmen eines Recyclingkreislaufes.

Hier wäre sicherlich langfristig zu überlegen, ob man nicht dem Vorbild anderer Kommunen folgen soll, und eine sogenannte Wertstofftonne einführt, in welcher eben alle Kunststoffe und Materialien eingegeben werden können, die recycelt werden können.

Ich möchte im weiteren Verlauf noch auf einige Punkte eingehen, die durchaus auch in den Bereich des Klimaschutzes gehören.

Zum Beispiel müssen wir mit unserem Baumbestand pfleglich umgehen.

Wir müssen bei Bauvorhaben, wie zum Beispiel in Mörsch, durchaus nach Möglichkeiten suchen, wie man große alte Lindenbäume erhalten kann und trotzdem bauen kann. Wir müssen das innerstädtische Grün erhalten bzw. erneuern und erweitern.

Es sollte auch nicht so vorschnell mit dem Satz umgegangen werden, wir fällen jetzt diesen Baum, er ist ja in einiger Zeit sowieso abgängig, dieses Wort abgängig geht mir total gegen den Strich.

Wenn wir jetzt einen alten großen Baum fällen und zugegebenermaßen einen neuen pflanzen, wird es 20 Jahre dauern, bis er auch nur annähernd wieder die ökologische Funktion erfüllt, wie der gefällte Vorgänger.

Auch müssen wir bei den städtischen Grünflächen und Straßenbegleitgrün nicht immer unbedingt dem deutschen Aufräumwahn folgen, eine weniger oft gemähte Wiese oder Straßenbegleitstreifen sind für Insekten von äußerster Bedeutung.

Wir müssen im Verkehr weg von der bisher immer geltenden Priorität des Autos.

Ich bin niemand, der hier Autos verbieten will oder für eine völlig autofreie Innenstadt plädiert, aber die seit Generationen bestehende unkritisch übernommene, immer wieder geltende Priorität des Autoverkehrs muss in Frage gestellt werden.

Es müssen mehr Räume geschaffen werden für Fußgänger, für Radfahrer etc. Dazu gehört auch das teilweise unerträgliche Zuparken von Gehwegen.

Die Förderung der Elektromobilität kommt da jetzt langsam in Schwung angesichts des Vorhabens der Stadtwerke, hier einige Ladestationen zu errichten.

Auch bei zukünftigen Baumaßnahmen müssen wir ökologisch denken.

Es ist natürlich selbstverständlich, dass die geltenden Gesetze zur Wärmedämmung etc. weiter eingehalten werden.

Darüber hinaus muss allerdings nach meiner Meinung an jedem Haus zumindest die Infrastruktur für alternative Energiegewinnung angebracht werden, auch die Infrastruktur für Ladesäulen.

Der Anschluss neuer Wohngebiete an den öffentlichen Personennahverkehr brauche ich nicht extra zu erwähnen.

Kommen wir zu einem weiteren Punkt, den ich für äußerst wichtig halte und der mitentscheiden wird über die Zukunft unserer Innenstadt.

Der zunehmende Internethandel, der nach meinen Informationen bereits im letzten Weihnachtsgeschäft etwa 9 Millionen Kaufkraft aus der Innenstadt abgezogen hat, bedroht existenziell unsere Innenstädte.

Wie auch in der Fortschreibung des Einzelhandelskonzepts dargestellt, besteht die Gefahr eines immer weitergehenden Rückgangs von Inhaber geführten kleineren Geschäften in der Innenstadt, alles wird ersetzt, wenn überhaupt durch Kettenläden.

Dass wir nur einen Teil der in Frankenthal vorhandenen Kaufkraft selbst im Ort binden können und nicht noch, wie andere, Mittelzentren Kaufkraft von außen, also über 100% erreichen können, ist ein deutliches Alarmsignal.

Zugegeben, wir stehen in einem massiven Konkurrenzkampf mit den um uns herumliegenden Einkaufszentren mit Metro, Globus etc.

Dennoch dürfen wir nicht übersehen, dass sich das Kaufverhalten der Bevölkerung verändert hat und verändern wird.

Früher ging man mit einem Einkaufszettel in die Stadt, holte Eier, Butter, Mehl und Salz und ging wieder nach Hause.

Heute muss die Stadt ein Mix werden aus Einkaufen, Arbeiten, Lernen, Erleben, Begegnen, Erholen und Genießen.

Man geht in die Stadt um etwas zu erleben, die Kinder wollen einen Clown sehen, die Eltern wollen etwas Musik an der Ecke hören, dann will man im Freien auf schönen Stühlen sitzend speisen und dann geht man auch noch einkaufen. Diese Kombination von Freizeitaktivitäten in den Bereichen Kunst, Kultur, Gastronomie und Events wird die traditionelle funktionale Bedeutung der City als Einzelhandelsstandort ablösen. Darauf müssen wir reagieren. Das Innenstadt-

entwicklungskonzept, wofür uns Fördermaßnahmen zugesagt sind, ist eine extrem wichtige Angelegenheit.

Dabei darf sich die Aktivität nicht auf den Leuchtturm Erkenbert-Museum reduzieren. Wir müssen die gesamte Innenstadt zukunftsfähig machen.

Ich habe schon im Haupt- und Finanzausschuss darauf hingewiesen, dass eine einfache Erneuerung der Asphaltdecke des Parkplatzes vor der Diakonie oder der Erneuerung der Kanalstraße nicht ausreicht. Man muss hier die Gelegenheit nutzen und diese Straße und diesen Platz umgestalten im Sinne des oben Gesagten.

Dazu gehört zum Beispiel Bepflanzung mit Bäumen etc. Dass dabei einige Parkplätze wegfällt ist richtig, wird jedoch dadurch kompensiert, dass die nie ganz ausgelastete Tiefgarage nur 10 Meter weg ist.

Wir müssen weiterhin die gesamte Fußgängerzone auffrischen, begrünen, großzügige Außengastronomie genehmigen, das ganze einfach schöner und anziehender gestalten.

Events, kleine Feste, Veranstaltungen, Märkte, wie wir sie ja schon haben, zu fördern und auszuweiten, halte ich für wichtig. Auch die Erhaltung unseres Zugpferds Wochenmarkt ist sehr wichtig.

Darüber hinaus sollte durchaus auch mit Geschäftsbesitzern versucht werden, eine Lösung zu finden, wie man manche Fassaden verschönern könnte.

Der Bahnhofsvorplatz muss zu einem offenen Entree in unserer Stadt werden. Alle Verkehrsteilnehmer müssen dort gleichberechtigt sein. Selbstverständlich komme ich nicht auf die abwegige Idee, hier Autos von diesem Platz zu verbannen, handelt es sich doch um einen Schnittpunkt verschiedener Verkehrssysteme.

Aber die Durchführung des bisherigen Nord-Süd-Verkehrs über die Eisenbahnstraße, wie bisher mit Kilometer 30, ist völlig kontraproduktiv. Hier müssen im Rahmen des neuen Verkehrskonzeptes neue Wege gefunden werden.

Ansonsten wird dieser offene Platz quasi durch diesen Verkehr zerschnitten und in seiner geplanten Funktion erheblich beeinträchtigt.

Auch die Anbringung einer Behindertenfurt auf dem Rathausplatz halte ich für erforderlich. Man muss nicht das ganze Pflaster herausreißen, aber es gibt sicherlich die Möglichkeit einer behindertengerechten Durchquerungsmöglichkeit.

Wenn wir es nicht schaffen, unsere Innenstadt angesichts der geänderten Rahmenbedingungen anzupassen, wird es meines Erachtens angesichts der Konkurrenz des Internets und der uns umgebenden Zentren für unsere Innenstadt sehr schwer werden.

Auch im Bereich Wohnungsbau müssen wir in der nächsten Zeit besonders aktiv werden. Wir benötigen laut Prognosen 2000 Wohnungen in den nächsten

Jahren. In erster Linie fehlt es an kleinen Wohnungen, bezahlbaren Wohnungen und zunehmend auch an altersgerechten Wohnungen.

Dass wir in diesem Zusammenhang einen Anteil von 30% für geförderten Wohnungsbau festgeschrieben haben, ist ein wichtiger und guter Schritt in diese Richtung.

Frankenthal wird sich aber in Zukunft entscheiden müssen, welchen Weg es gehen will.

1. Decken wir den nötigen Bedarf in etwa ab oder
2. wollen wir als Stadt wachsen?

Der zweite Weg würde bedeuten, dass wir vermehrt freie Flächen zubauen müssten und zum Schluss die Gefahr besteht, dass wir zur Schlafstadt von Ludwigshafen werden.

Diese richtungsweisende Entscheidung muss spätestens bei der Erstellung des neuen Flächennutzungsplanes getroffen werden. Wir haben in der letzten Zeit bereits einige Baugebiete auf den Weg gebracht. Viel Widerspruch regt sich nun nach der ersten Vorstellung eines Hochhauses am Jakobsplatz.

Wohlgemerkt die erste Idee eines Investors. Hier muss sicherlich ein Kompromiss gefunden werden zwischen der Vorstellung des Investors und der sozialen Verträglichkeit. Aber es gehört auch zu den Aufgaben von Politikern auch einmal Gegenwind zu ertragen. Sich nun, wie es die SPD getan hat, an einem Infostand hinzustellen und die Leute aufzufordern, den Herrn Bruder anzurufen und ihm die Meinung zu geigen, ist eine Art von politischer Kultur, die ich bisher nicht gewohnt war und auch nicht bereit bin zu tolerieren.

Zum Sozialhaushalt Haushalt 6 und 7.

Hier möchte ich als erstes wieder bemerken, dass bis auf einen Punkt alles Pflichtaufgaben sind und die Deckung ein Skandal ist.

Dennoch halte ich hier Investitionen in diesem Haushalt, so komisch es vielleicht manchem klingen mag, für zukunftsweisend.

Wir müssen in diesem Bereich an zwei Seiten ansetzen und zwar im Bereich der Kinder und Jugendlichen, andererseits im Bereich der älteren Menschen.

Es kann nicht sein und es ist eine Schande für unser reiches Land, dass es in der BRD noch immer so ist, dass die Herkunft mit entscheidend ist für die weitere soziale Zukunft. Dies muss aus menschlichen und aus Gerechtigkeitsgründen durchbrochen werden.

Dafür benötigen wir Hilfen bereits im Kindes- und Jugendalter. Kinder die, aus welchen Gründen auch immer, in ihrer Familie nicht die genügende Förderung bekommen, müssen durch entsprechende Betreuung gefördert werden.

Dies muss dann ganz früh beginnen durch den Ausbau ausreichender KITA-Tagesplätze, durch die Stärkung familienaufsuchender Hilfen, im weiteren Ver-

lauf dann durch die Schulsozialarbeit und fördernde Maßnahmen in der Schule und Hilfen im Hinblick auf den Übergang zwischen Schule und Berufsleben. Wer ganz unten investiert, kann oben im Sozialhilfebereich einsparen. Dies ist eine inzwischen auch ein statistisch belegter Allgemeinplatz.

Ein weiterer großer Schwerpunkt sind die Hilfen für Pflegebedürftige.

Die demographische Entwicklung zeigt einen immer größeren Prozentsatz älterer Menschen in der Bevölkerung an.

Es muss das letzte Ziel sein, ältere Menschen so lang als möglich in ihrem gewohnten Umfeld zu belassen, dies durch ambulante Hilfen soweit als möglich zu ermöglichen, nicht nur aus menschlichen, sondern auch aus ökonomischen Gründen.

Es darf kein älterer Mensch, der im Alltagsleben schon sehr hilfebedürftig ist, aus dem Krankenhaus entlassen werden, ohne dass die weitere Betreuung sicher gewährleistet ist. Die Kosten für die Hilfe zur Pflege nehmen sonst massiv zu.

Zu unserer Stadtklinik:

In den vielen politischen Auseinandersetzungen der vielen Jahre, denen ich jetzt in diesem Gremium und dem Krankenhausausschuss angehöre, war ich immer ein energischer Vertreter des kommunal geführten Krankenhauses und bin es auch heute noch.

Die jetzt aufgedeckten Unregelmäßigkeiten innerhalb der Verwaltung des Krankenhauses haben mich schon ordentlich berührt. Ich war immer der Meinung, dass es sich hier um ein korrekt und perfekt geführtes Haus handelt.

Dass jetzt so viele Unregelmäßigkeiten im Verwaltungsbereich aufgedeckt worden sind, überrascht mich sehr.

Dass Ursprungsvorwurf, nämlich der Mehrbeatmung aus Kostengründen vom Tisch ist, ist nur ein kleiner Trost.

Es ist jetzt die Aufgabe der Verwaltung, hier alle problematischen Dinge zu korrigieren, zu beseitigen und die Verwaltungstätigkeit wieder ins richtige Lot zu rücken.

Das ist schwierig, es ist allerdings zumindest ein kleiner Trost, dass es nur Unregelmäßigkeiten in der Verwaltungstätigkeit gegeben hat und dass sich dies nicht auf die Gesundheit und Behandlung der Patienten ausgewirkt hat.

Immerhin hat das Krankenhaus eine Ausbelastung, die weit über der durchschnittlichen Ausbelastung vergleichbarer Häuser liegt.

Es wurden Maßnahmen, wie Umbau der Aufnahme, Umbau der Intensivstation und der Operations-Säle im laufenden Betrieb ohne größere Probleme bewältigt.

Es ist jetzt der Neubau der Psychiatrie geplant, die Fassadensanierung mit ihrer energetischen Sanierung läuft. Weiterhin sind die Belegungszahlen des Krankenhauses nicht abgesunken.

Ich habe immer gesagt, diese Belegungsrate ist ein Beweis für das Vertrauen, welches die Patienten und die Einweiser in dieses Haus haben, es ist eine Abstimmung quasi mit den Füßen.

Dies gilt vor allem auch unter dem Gesichtspunkt, dass um uns herum in enger Reichweite Kliniken jeder Art sind, in die man auch gehen könnte.

Die jetzt aufgekommene Kritik und die daraus resultierende Untersuchung des gesamten Verwaltungsablaufs kann trotz allen Erschreckens auch eine Chance sein, nämlich eine Chance zum Neuanfang, zum Beseitigen aller missverständlichen oder nicht ganz korrekten Verwaltungsvorgänge.

Dies wird jetzt in aller Konsequenz geschehen. Ich stehe weiterhin ohne Wenn und Aber zu unserem kommunalen Krankenhaus.

Auch müssen vonseiten der Kommune Anstrengungen unternommen werden, mehr Möglichkeiten zu schaffen, bei denen alte Menschen sich treffen können, um der zunehmenden Vereinsamung im Alter entgegenzuwirken.

Zu dieser Tendenz zur Vereinsamung trägt auch die zunehmende Altersarmut bei, wobei die hohe Zahl unsteter Erwerbsbiographien und das Anwachsen des Niedriglohnssektors hier maßgeblich beigetragen haben. Es bleibt zu hoffen, dass die Grundsicherungsrente jetzt auch eingeführt wird.

Während jüngere Menschen Armut häufig als vorübergehende Lebensphase begreifen und über gewisse Perspektiven verfügen, sich aus dieser schwierigen Situation noch einmal herauszuarbeiten, ist das bei älteren Menschen in der Regel nicht mehr der Fall. Bei der Hilfe zur Pflege sollen ja nun die Angehörigen von Zusatzzahlungen entlastet werden, zumindest unterhalb einer gewissen Einkommensgrenze. Die Zahlungen soll dann die Öffentlichkeit übernehmen. Hier bleibt abzuwarten, um was für Deckungsgrade es sich dann hier wieder handeln wird.

Wir stehen, wie ich schon kurz angeschnitten habe, nicht nur vor einschneidenden Veränderungen, die die Zukunft vieler Generationen nachhaltig beeinflussen werden. Das Gefühl für solche Veränderungen, deren Ausgang nie ganz gewiss ist, erzeugt wieder Furcht und Angst.

Die einen ängstigen sich vor dem Klimawandel, die anderen vor Flüchtlingen, die einen vor dem sozialen Abstieg, andere vor Trump, andere vor dem Krieg etc.

Das Aufkommen von populistischen und nationalistischen politischen Bewegungen, die vereinfacht das Heil versprechen, ist deshalb nicht verwunderlich. Unser berühmter Philosoph Jürgen Habermas wurde vor kurzem 90 Jahre alt. Er hat vor einiger Zeit im Hinblick auf diese Bewegungen, auch auf die AFD, geschrieben:

„Man sollte diese Art von besorgten Bürgern statt um sie herumzutanzten kurz und trocken als das ab tun, was sie sind, nämlich der Saatboden für einen neuen Faschismus.“

So drastisch würde ich es nicht ausdrücken.

Um mit einer Vertreterin des entgegengesetzten politischen Randes, nämlich mit Rosa Luxemburg zu sprechen, bin ich der Meinung, dass die Freiheit immer die Freiheit des anders Denkenden bedeutet.

Die Freiheit jedes einzelnen schließt Meinungs- und Gedankenfreiheit auch für diejenigen nicht aus, die jenseits der gerade herrschenden Meinung stehen. Das soll nicht heißen, dass rechte Hassreden oder Hasstaten ungestraft bleiben sollen. Aber eine offene Gesellschaft muss politischen Widerspruch grundsätzlich ertragen. Sie muss hier Auseinandersetzung suchen.

Es gibt noch einen weiteren berühmten Satz von Habermas: „Der zwanglose Zwang des besseren Argumentes“. Nicht die schneidige Anklage oder der Vorwurf sollte die Auseinandersetzungsform sein, in der sich die politischen Lager in der Bundesrepublik begegnen, sondern die gründliche Diskussion.

Auch kann man sicher als ein Kern des Werks von Jürgen Habermas folgendes sehen: „Man wird nicht durch das Selbstgespräch zu moralischen Menschen und ein gutes Gemeinwesen organisiert sich nicht spontan, all das passiert nur im Streit, in Diskurs.“

Die derzeitige Radikalisierung der Ansichten und auch vor allem der Sprache in den Internetforen lässt die Angst aufkommen, dass Diskurs und positive Diskussion mit manchen Teilen der Gesellschaft gar nicht mehr möglich ist.

Aber man muss auch Grenzen setzen. Ich stehe für eine wehrhafte Demokratie auf dem Boden unseres Rechtsstaates.

Auch ein freiheitlicher und liberaler Staat hat das Recht, sich gegen die zu wehren, die ihn beseitigen wollen.

Ich hoffe, dass wir all diese großen Probleme, die auf uns zukommen und die gewaltigen Veränderungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich nach sich ziehen werden, erfolgreich bewältigen.

Man könnte vielleicht sagen, was ist schon ein ausgewogener Frankenthaler Haushalt angesichts dieser großen globalen Probleme, aber so sehe ich es nicht.

Veränderungen beginnen von unten, wir alle sind gefragt, uns diesen Problemen zu stellen und im Rahmen unserer Möglichkeiten sie zu bewältigen. Immer nur zu warten bis irgendeine globale Konferenz oder sonst irgendein Heilsbringer die Lösung verkündet, wird uns nicht retten.

Jetzt ist es ein bisschen Ernst geworden, aber dennoch bin ich weiterhin voller Optimismus, dass wir dies auch packen.

Nicht zuletzt auch angesichts des doch rechts verträglichen Umgangs hier in diesem Rat unter uns.

Ich bedanke mich für ihre Geduld, ich bedanke mich bei allen, die in dieser Stadt hauptberuflich oder ehrenamtlich dazu beigetragen haben, dass wir eine glückliche, freie und tolerante Gesellschaft sind.

Ich entschuldige mich noch einmal für die 40 Anfragen im Haupt- und Finanzausschuss, ich halte es aber für meine demokratische Aufgabe, den Haushalt genau anzusehen und Dinge zu hinterfragen, die ich nicht verstehe oder die ich gerne anders hätte.

Ich kann auch nicht versprechen, dass es nächstes Jahr vielleicht 50 Anfragen sind, vor allem auch angesichts der großen Enthaltbarkeit der übrigen Parteien.

Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Restadvent, ein schönes Weihnachten, ein glückliches Neues Jahr, Gesundheit und viel Erfolg für das Jahr 2020.

Aber weil alles so ein bisschen ernst war, möchte ich Ihnen zum Abschied noch ein ganz besonderes Weihnachtsgeschenk mitgeben, nämlich ein kleines Gedicht, welches ich gemacht habe in Zusammenarbeit wie immer mit dem Institut für Alltagslyriken und Grabesreden.

Es stammt aus der von mir erfassten Reihe „Ach wie hart des Stadtrats Los“.

Ach wie hart des Stadtrats Los

**Wenn überall die Glocken klingen
In jedem Kaufhaus Engel singen
Und alle Welt Geschenke kauft
Der Stadtrat sich die Haare rauft.**

**Ein Ordner fast 10 Kilo schwer
Beinhaltet ein Zahlenmeer
Auf tausend Seiten wird erzählt
Warum es an Millionen fehlt.**

**Das Stadträtlein steht stumm davor
Und kommt sich vor dann wie ein Tor.
Wo kann man nun noch Spielraum haben
Bei bis zu tausend Pflichtaufgaben.**

**Er flucht dann auf die ADD
Denn deren Sturheit tut schon weh
Greift dann zu Marzipan und Kuchen
Ganz leise hört man ihn noch fluchen.**

Doch's Stadträtlein bleibt froh und munter

**Legt in die Ecke all den Plunder
Geht dann zielstrebig und gewandt
Zum Weihnachtsmarkt zum Glühweinstand.**

**Glocken klingeln, Bratwurstduft
Alles liegt schwer in der Luft
Dem Stadträtlein wird's leicht ums Herz
Weg ist all der Haushaltsschmerz.**

**Am nächsten Tag, der Kopf er brummt
Die ganze Welt Hosanna summt
Der Stadtrat liest den Vorbericht
Blass und käsig im Gesicht.**

**Wenn überall die Glocken klingen
Und Engel Halleluja singen
Der Stadtrat überm Haushalt pennt
Ach wie schön war mal Advent.**

**Derweil die Gattin wohl gestaltet
Am Herde steht und kocht und waltet.
Knödel, Braten, dicke Soß
Ach wie hart des Stadtrats Los.**